

Erklärung zur Ratssitzung am 20.6.2024 zum Thema Pressebericht vom 15.3.2024

Am 15.3.2024 erschien in der NWZ ein Artikel mit der Überschrift „Streit um Stil und Form im Jader Rat“. Laut Berichterstattung wurde hier von der NWZ ein gemeinsames Schreiben der Fraktionen der UWG und der SPD als Grundlage genannt.

Nun kann jede Fraktion Presseberichterstattungen vornehmen wie sie es für richtig hält. Wenn dabei aber über Vorgänge im Rat der Gemeinde durch Unvollständigkeit verfälschend und in Teilen falsch berichtet wird, dabei Ratskollegen etwas unterstellt wird, was tatsächlich nicht stattgefunden hat, dann bedarf ein solcher Vorgang schon der Klärung.

Da ich in meinem Bemühen, die Angelegenheit mit den Betroffenen zu klären nicht weiter gekommen bin wende ich mich heute an den Rat mit der Bitte die Angelegenheit richtig zu stellen.

Mit E-Mail Nachricht vom 26.3.2024 habe ich die Fraktionsvorsitzenden der UWG und der SPD angeschrieben und um Beantwortung des nachfolgenden Fragen und Themenkomplexes gebeten:

1. In dem o.g. Presseartikel wird behauptet, wir hätten keinen Antrag auf Einrichtung eines Arbeitskreises Windkraft gestellt. Das ist schlichtweg falsch. In unserem Schreiben vom 21.2.24 haben wir auf Seite 2 einen Antrag formuliert und extra fett hervor gehoben. Wie so oft wurde dieses Schreiben gar nicht oder zumindest nicht vollständig gelesen, ich halte das für eine Mißachtung. In einem erneuten Schreiben am 5.3.2024 habe ich dann auf den o.g. Sachverhalt nochmals hingewiesen, dieses Schreiben wurde offensichtlich ebenfalls ignoriert.

Was ist so schlimm daran, wenn wir dann die Einschaltung der Kommunalaufsicht ankündigen wenn unsere Schreiben hier vor Ort ignoriert werden?

2. Es wurde von Euch behauptet, wir hätten bei der politischen Entscheidungsfindung um das Thema Ausbau des Jaderparks die Kommunalaufsicht eingeschaltet.

Das ist gelogen, hier erwarten wir eine Entschuldigung.

Beim Thema Jaderpark haben CDU und FDP nicht einheitlich gestimmt, weil wir unterschiedlicher Meinung waren. Einig waren wir uns jedoch, dass wir niemanden zwingen, gegen seine Meinung und seine Gewissensentscheidung abzustimmen.

Schon deshalb kann die Behauptung, wir hätten die Kommunalaufsicht in dieser Angelegenheit instrumentalisieren wollen nicht stimmen.

3. Es wurde von Euch mein Abstimmungsverhalten zum Thema Ganztagschule kritisiert. Wenn Ihr dieses Abstimmungsverhalten in einem Schreiben an die Presse bemängelt, dann wäre es folgerichtig und fair gewesen, wenn Ihr meine umfangreiche Erklärung, die ich vor der Abstimmung im Rat dargelegt habe mitgeliefert hättet. Aus dieser Erklärung ging hervor, dass ich mich an Abstimmungen, die sich gegen das Grundgesetz in diesem Fall den Art.28 richten nicht beteilige. Außerdem habe ich deutlich gemacht, dass ich dieses unübliche, bzw. nicht erlaubte Verhalten auch als Demonstration durch zivilen Ungehorsam betrachte, meiner Meinung nach durchaus legitim, wenn ich vorher eine Wichtung von Kommunalverfassung zum Grundgesetz vornehme.

Auf eine Beantwortung zu diesen drei Themenbereichen durch die Fraktionsvorsitzenden von UWG und SPD warte ich jetzt seit dem 26.3.2024 also fast 3 Monate.

Hier stellt sich die Frage, darf man so mit Ratskollegen umgehen, das ist eine Mißachtung.

Ist das der Stil und die Form, die Ihr im o.g. Presseartikel gemeint habt?